

Hannovers kurzer Flirt mit der Zettelwirtschaft

Geigant, Friedrich

Veröffentlicht in:
Abhandlungen der Braunschweigischen
Wissenschaftlichen Gesellschaft Band 63, 2010,
S.127-143



J. Cramer Verlag, Braunschweig

Hannovers kurzer Flirt mit der Zettelwirtschaft

FRIEDRICH GEIGANT

Karl-Schurz-Weg 1F, D-30519 Hannover

Zeit im Umbruch

Um die Mitte des 19.Jh. erreichten die Vorboten der politisch-industriellen Doppelreform auch Niedersachsen. Politisch gab es dort wenig Anlass, die überkommenen Verhältnisse zu idealisieren. Aus Frankreich wehte der Gedanke herüber – und er nahm während der „Franzosenzeit“ vorübergehend auch schon Gestalt an –, dass Emanzipation und Partizipation nicht nur naturrechtlich gebotene, sondern auch realisierbare Gestaltungsprinzipien des gesellschaftlichen Lebens seien. „Dem König sein treues Volk“ bekam indessen nach Abzug der Franzosen die Restauration zu spüren: Der enge Kreis, den die Verfassungen von 1814 und später um die aktiv und passiv Wahlberechtigten zogen, sprach dem Freiheitsgedanken Hohn. Am Drastischsten kam die Geringschätzung der Bürgerrechte bei den eklatanten Verfassungsbrüchen der Landesherren in den 1830er und 1840er Jahre zum Ausdruck.

Was die zweite, die wirtschaftlich-technische Seite der Doppelreform anbelangt, hatte die Wendung zur industriellen Entwicklung schon einen jahrhundertelangen Vorlauf, im Harz nämlich. Bergbau und Erzverhüttung, nicht zuletzt auch Zuliefergewerbe, ließen dort einen Menschenschlag heranreifen, der – wie vom Begriff „Bergfreiheit“ angezeigt – selbstbewusst seiner Arbeit nachging, sich aber auch zur notwendigen Arbeitsdisziplin verstand.

Der beginnende Eisenbahnbau rund um den Harz, auf der harznahen Ost-West-Strecke Braunschweig-Hannover und auf der „Kreuzbahn“ Hildesheim-Lehrte-Celle profitierte von dieser industriellen Vororientierung. Der Harz selbst hatte allerdings seine beste Zeit hinter sich. Ebenso war das dürftige Gewerbe in den übrigen Landstrichen übersetzt und generell in jämmerlicher Verfassung. Die überall vorherrschende kärgliche Landwirtschaft litt unter dem Hinschwinden des Zuverdienstes aus Spinnerei und Weberei. Die Konkurrenz des längst auf

* Eingegangen 11.09.2009. Der Vortrag wurde am 08.02.2008 in der Klasse für Geisteswissenschaften der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft gehalten.

maschinelle Fertigung umgestiegenen Auslands war übermächtig geworden. Das Heil musste bei der Industrialisierung gesucht werden, und durch den Eisenbahnbau wurde sie tatsächlich angeschoben.

Konzepte für die Kapitalauf- und -unterbringung im nun erforderlichen großen Maßstab flogen aus England, Holland und Frankreich zu. Durch den Eisenbahnbau kamen sie nun auch hierzulande auf die Tagesordnung – man muss sagen: *drängender* auf die Tagesordnung, denn hellstichtige Leute, Regierungs- und Kaufmannsgremien beschäftigten sich schon lange mit folgenden zwei Finanzfragen:

1. Wie kann ein neuzeitlicher Bankensektor aufgezogen und die Abhängigkeit vom Leih- und Pfandgeschäft der „Geldjuden“ gelöst werden?
2. Wie lässt sich die Fessel des vollwertigen Geldes abstreifen?

Leihkasse-Scheine

Eine Art „List der Geschichte“ führte die beiden Anliegen zusammen: Der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt schritt 1823 zur Gründung einer Spar- und Leihkasse. Ein vorwiegend sozialpolitischer Gedanke stand Pate: Die Einrichtung sollte sich als „Sparkasse“ darum kümmern, *„unbemittelten Bürgern der hiesigen Stadt, vorzüglich aus der Classe der Handwerker, Tagelöhner und Dienstboten Gelegenheit zu geben, dasjenige, was sie von ihrem Erwerbe und Lohne zu sparen im Stande sind, sofort sicher und nutzbar unterzubringen“*, so die Statuten von 1823. Die Abteilung „Leihkasse“ nahm, anders als die Sparkasse, Einlagen *bemittelter* Bürger entgegen. In beiden Fällen erfolgte die Unterbringung der eingeworbenen Mittel hauptsächlich im städtischen Portefeuille.

Die Verbindung mit der Geldversorgung ergab sich folgendermaßen: Seitens der Leihkasse wurden die Einlagen verbrieft. Die Statuten formulierten das so: *„Über jede dargeliehene Summe wird ein mit dem Stadtwappen und mit einer Nummer ..versehener, von dem Cassirer der Leih-Casse und dem Stadt-Cämmerer unterschriebener ..Schein ausgefertigt“*.

Nicht Namenspapiere, wohl aber die von der Leihkasse vornehmlich ausgegebenen Inhaberpapiere besaßen eine Liquidität, die sie in die Nähe von Geld rückte. Im Vordergrund stand die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes (wichtige andere Funktionen des Geldes sind die, Recheneinheit und allgemeines Tauschmittel zu sein.)

Da mindestens 25 Taler einzuzahlen waren und der Betrag durch ein einziges Papier beurkundet wurde, stellte sich der niedrigste Nennwert auf 25 Taler. Darüber hinaus fehlte jede Standardisierung. Es handelte sich um frühe Geschwister der Banknoten, nämlich einerseits um Inhaberpapiere und andererseits

um unverzinsliche Wertträger. Richtige Banknoten ließen sich aber, anders als die Depositenscheine, dank normierter und optimierter Stückelung im Zahlungsverkehr leichter handhaben. Darum sind Depositenscheine eine Frühform der Banknoten.

Einem beschränkten „Umlauf“ der Leihkasse-Scheine stand gleichwohl nichts entgegen. Der Stadtkämmerer machte interessante Geschäfte: Er entledigte sich mancher Schulden, indem er Kredit bei der Leihkasse aufnahm, Guthaben erwarb und die Depositenscheine weitergab. Die Prozedur verlieh den Leihkasse-Scheinen die Eigenschaft neuzeitlichen Kreditgeldes.

Die Leihkasse-Scheine überdauerten die Geldreform von 1871/75. Ihre Zeit lief erst 1897 ab – nach einem Dreivierteljahrhundert. Ende des Säkulums hatte sich die strikte Trennung des Adressatenkreises von Spar- und Leih-Casse überlebt. Mit der Auflösung der Leih-Casse war den Depositenscheinen der Boden entzogen.

Kommunalgeld

Der Magistrat der Kgl. Haupt- und Residenzstadt preschte auch mit der Schaffung einer bekannteren Form von Geld vor. Mit Genehmigung des Königlichen Ministeriums des Innern gab er Kassenscheine in der Weise aus, dass eine Hauptschuldverschreibung vom 7. Dezember 1846 über 200 000 Tlr je zur Hälfte in Abschnitte zu 1 und 5 Taler gestückelt wurde. Vorbild für die Aufmachung waren die Königlich-Preußischen Cassen-Anweisungen über 1 und 5 Taler vom 2. Januar 1835.

Geld dieser Art vermehrte die (verbriefte) öffentliche Schuld. Die Scheine hatten fiskalisch vor anderen Schuldtiteln den Reiz, dass sie als *unverzinsliche* Inhaberpapiere ausgegeben wurden. Das war eine äußerst lukrative Art der Verschuldung. Hätte man, statt unverzinsliche Kassenscheine zu emittieren, eine Anleihe zum marktüblichen Zinssatz von vier Prozent aufgelegt, wären über die gesamte Laufzeit hin jährlich Zinsen in Höhe von 8000 Talern fällig geworden. Die Zinserparnis bei der Verschuldungsvariante „Kassenschein“ war als Geldschöpfungsgewinn (Seigniorage) zu verbuchen.

Den Magistrat mag daneben auch eine währungspolitische Einsicht beflügelt haben: Diese Art der Geldversorgung – und darum ging es ja auch – ließ sich spielend leicht bewerkstelligen. Denn die unverzinslichen städtischen Kassenscheine stellten kein (im Sprachgebrauch der Zeit) „baares“ Geld dar, also kein mit Schrot und Korn von Edelmetall *zu wiegendes* Geld, sondern ein über den Nennwert *definiertes* Geld. Und doch waren sie Bargeld, das Emittenten und Publikum dank geringer Erdschwere flott von der Hand ging. Die Initiative zu Emission und Außer-Kurs-Setzung lag angenehmerweise vollständig in den Händen des Magistrats.

Freilich, das Publikum musste mitspielen. Bargeldhaltung aufgrund

- der Notwendigkeit, Geldschulden zu begleichen und
- des Wunsches „liquide“ zu sein, d.h. es *nicht* auszugeben, es aber *jederzeit ohne Verlust ausgeben zu können*,

kommt der Wirtschaftsgesellschaft seit eh und je teuer zu stehen. Wer sich mit Geld ausstaffiert, dem wurden und werden Geldhaltungskosten aufgebürdet.

- Er zahlt, was die Geldemittenten als Entschädigung für die Geldherstellung und Umlaufkontrolle in Rechnung stellen und honoriert damit eine *qualifizierte*, auf *Wertschöpfung* ausgerichtete Arbeit.
- Er räumt dem Emittenten darüber hinaus auch *Münzgewinn* ein, bzw. – allgemein gesprochen – Geldschöpfungsgewinn, der unter den komfortablen Bedingungen der Geldhoheit einiger Weniger (Machthaber) der Allgemeinheit abverlangt werden kann.

Der hannoversche Magistrat – konservativ wie die Bürger – war sich anfangs gar nicht sicher, dass die Bürger mitspielten. Man schaltete deshalb bei der ersten Emission fünf Bankiers ein, denen man zutraute, das Geld trickreich unter die Leute zu bringen. Im beiderseitigen Interesse wurde verabredet, die Zettel ins „Ausland“ zu schaffen, damit sie möglichst langsam und nur tröpfchenweise – am besten überhaupt nicht mehr! – zurückkämen. Die Bankiers ließen sich dadurch ködern, dass sie den Gegenwert der übernommenen Kassenscheine erst nach zwei Monaten zu berappen hatten. Die Stadt fand sich ihrerseits damit ab, dass sich der Eingang des Profits aus der Geldschöpfung verzögerte – schmerzlich verzögerte, denn die Rechnungen für die Zettelproduktion lagen stante pede auf dem Tisch.

Diese Episode wäre kaum der Rede wert, offenbarte sie nicht die Geisteshaltung aller Beteiligten: der Emittenten, der Banken, des Publikums. Vorneweg ist zu konstatieren: Die Strategie verfehlte ihr Ziel, sämtliche Scheine kehrten flugs zurück!

Aber man kann eine erste Schlussfolgerung daraus ziehen: Wer die 1- und 5-Taler-note in die Hand bekam, war offenbar nicht froh darüber! Denn er ließ sie fallen, wie eine heiße Kartoffel, gab sie eilends zurück. Dies, obwohl es sich auch in Anbetracht der Verhältnisse vor 160 Jahren nur um Kleingeld handelte! Gut begreiflich ist die Panik der Leute, so gesehen, nicht. Möglicherweise haben die pfiffigen Bankiers (bzw. ihre verschlagenen Agenten) geschummelt und die Zettel auf gar keine so weiten Reisen geschickt, wie es vereinbart war. Der Stadt blieb jedenfalls nichts anderes übrig, als die Noten murrend einzulösen. Sie emittierte die Zettel aber postwendend erneut, jetzt nicht mehr im „Ausland“ (sagen wir Braunschweig oder Bückeburg), sondern im Schatten der Marktkirche. „Dem Magistrat sein treues Volk“ nahm sie locker auf und ließ sie unbesorgt kursieren.

Und das ist ein weiteres Lehrstück:

1. Die Hannoveraner bewiesen Vertrauen – Einlösungsvertrauen! – zum Magistrat, der unter ihren Augen operierte. Dasselbe Einlösungsvertrauen hegten sie von 1857 bis 1889 auch gegenüber „ihrer“ Hannoverschen Bank, die ein weitverbreitetes Börsen- und Comptoirbuch als weiße Taube im Rabenvolk der zeitgenössischen Winkelbanken lobte (Friedrich Noback).
2. Es war den Geldhaltern (den Hannoveranern wie zuvor schon den „Ausländern“) nicht gleichgültig, wo die wertschöpfende Arbeit an den Geldzeichen stattfand. Noch weniger war es ihnen gleichgültig, wohin der Seigniorage floss.
3. Ein Weiteres kam hinzu. Indem man Taler mit hannoverschem Siegel demonstrativ von Hand zu Hand reichte, konnte man Heimatliebe bezeugen, Stolz auf Stadt und Land bekunden – später konnte man welfische Aufmüpfigkeit gegenüber den ungeliebten Hohenzollern signalisieren.

Geld übte damals und übt zu jeder Zeit „Flaggenfunktion“ aus. Es war Mitte des 19. Jahrhunderts in Hannover nicht anders als heute am Chiemsee, wo neben den Euro-Noten ein – durchaus kostspieliges – regionales Papiergeld kursiert. Es trumpft als „Chiemgauer“ auf und lockt mit hübschen Bildern der Vogelwelt des Chiemsees. Die Geldhalter schlucken die Kosten dieser als „Schwundgeld“ konstruierten Währung und sind froh zu wissen, wohin der Seigniorage fließt. Sie könnten natürlich dieselben Wohltaten auch ohne den – gewiss kuriosen – Umweg über das Geld vollbringen. Aber ihre Demonstration erregt umso größeres Aufsehen, je klarer allen Beteiligten das Elend eines Währungswirrwarrs vor Augen steht, dem sie *scheinbar* Vorschub leisten. Denn alle wissen, dass es sich nur um eine verschmitzte Provokation handelt, um einen Affront gegen die Einheitswährung Euro, der wenig kostet und keinen ernsthaften Schaden anrichtet. – Nach Ausweis der Deutschen Bundesbank kursierten schon vor zehn Jahren 16 „Regionalwährungen“ in Deutschland und 49 weitere waren in Vorbereitung, darunter „Leine-Kies“ als Nachkömmlinge der hannoverschen Zettel des 19. Jahrhunderts.

Um die seinerzeitigen Kassenscheine nicht allein durch solche psychologischen Momente zu stützen, fand der Magistrat später einen tüchtigen Mitstreiter: die 1857 gegründete Hannoversche Bank. Sie schaltete sich in das Kassenschein-Geschäft nicht umsonst und nicht vergeblich ein. Nicht umsonst, denn sie erhielt 13 Jahre lang (von 1860 bis 1873) stattliche Provisionen in Höhe von 4.000 Taler pro anno. Das kostete die Stadt die Hälfte ihres Geldschöpfungsgewinns. Die Bank tat es aber auch nicht vergeblich, denn die Kassenscheine blieben über allerlei Wirren hinweg im vollen Umfang von 200.000 Talern im Umlauf – durchaus keine Selbstverständlichkeit!

Die Annexion des Königreichs Hannover durch Preußen ließ das hannoversche Geld ungeschoren. Die Flaggenfunktion des Geldes kam, wie gesagt, welfisch gesinnten Eingesessenen zupass. Die Preußen focht es nicht an: Per Verordnung vom 24. August 1867 gliederten sie das wichtigste hannoversche Geld, die nach der Talerwährung ausgeprägten Kurantmünzen und Silberscheidemünzen, so wie sie waren, in die preußische Währung ein. Ebenso das Papiergeld; es blieb freilich auf seinen ehemaligen Zahlungsraum beschränkt.

Die Situation änderte sich erst, als

- der Norddeutsche Bund die Ordnung der Währungsverhältnisse in Angriff nahm und
- das Deutsche Reich schließlich mit der Geldreform 1870–75 Ernst machte.

Denn jetzt rückte auch für Hannover das Ende der Emissionsprivilegien heran.

Man ging aber behutsam vor, da Kommunalgeld eine politisch und rechtlich heikle Nische besetzt hielt. Die weitere Ausgabe städtischer Kassenscheine nahm das neue Währungsregime vorübergehend in Kauf. Das Volumen wurde jedoch auf 240.000 Mark reduziert (300.000 wären es nach dem regulären Umstellungssatz gewesen). Die Tilgungsrate blieb auf der früheren Höhe (15.000 M, entsprechend 5.000 Tltn). Solchermaßen konnte eine verhältnismäßig rasche Einziehung der Scheine erreicht werden. Die letzten unverzinslichen Kassenscheine des Magistrats im Wert von 15.000 Mark (ehemals 5.000 Tlr) wurden im Haushaltsjahr 1891/92 eingelöst. Ein erklecklicher Teil blieb verschollen. Das freute den Kämmerer, der noch einmal Seigniorage verbuchte. Von einigen wunderschönen Exemplaren wissen wir, wo sie geblieben sind: z.B. im Geldmuseum der Deutschen Bundesbank in Frankfurt am Main, bei der Hypo-Vereinsbank-Stiftung in München und im Tresor des Niedersächsischen Münzkabinetts der Deutschen Bank in Hannover.

Privatpapiergeld

In den Taumel des Zettelbankwesens (besser: -unwesens!) ließ sich Hannover nicht hineinziehen. Als die Hannoversche Bank am 2. Januar 1857 das Geschäft aufnahm, existierten außerhalb des Königreichs schon 27 deutsche Zettelbanken, ein paar andere waren bereits wieder abgeschwommen.

Die Hannoversche Bank

In der rauschhaften Zeit legte man aber auch im bedächtigen Königreich Hannover das Grundkapital mit einem Schuss Übermut auf 12 Millionen Taler aus.

Nach einigem Hin und Her verabschiedete man sich jedoch gleich wieder vom Wolkenkuckucksheim der Großbank und begnügte sich mit 4 Millionen. Dabei blieb es bis zum Ende des Jahrhunderts.

Als Tätigkeitsfeld stellten die Statuten dem Institut das allgemeine Bankgeschäft anheim, insbesondere die Betreibung von Kontokorrentgeschäften. Darüber hinaus – und das ist für uns interessant – wurde ihr die Befugnis erteilt, *„unverzinsliche, auf den Inhaber lautende Banknoten ... auszugeben und wieder einzuziehen.“* Davon versprach man sich

- hohen volkswirtschaftlichen Nutzen, nämlich dem Bargeldhunger nachzukommen,
- fremdes Geld aus dem Land zu drängen,
- inländische Expertise in der Banknotenherstellung zu fördern und Wertschöpfung zu ermöglichen und
- an Ort und Stelle den Emissionsgewinn einzustreichen.

Die Banknoten wurden – wie noch heute – im Zuge von Kreditgeschäften ausgegeben. Im Aktiv der Bank standen also *verzinsliche* Kredite, im Passiv *unverzinsliche* Inhaberpapiere oder – in den Worten der preußischen Bankordnung von 1848 – *„Anweisungen auf sich selbst als eigenes Geldzeichen unter der Benennung »Banknoten«.*“ Das Aktivgeschäft brachte Ertrag, das korrespondierende Passivgeschäft verursachte vergleichsweise geringe Kosten! Vor allem wenn man sich Hoffnung machen konnte, dass die Noten nicht schnell wieder zur Einlösung gelangten, sondern unermüdlich „von der einen Hand zur anderen“ wanderten, winkte ein ertragreiches Geschäft: Denn in Höhe der Differenz zwischen Banknotenumlauf und dessen Bar- (sprich: Edelmetall-) Deckung bekam man Betriebsmittel in die Hand, mit denen es sich ertragreich wirtschaften ließ.

Dass sich die lukrative Spanne zwischen Banknotenumlauf und Bardeckung auftat, erklärt sich so: Nach dem Bankstatut musste *„...stets wenigstens ein, einem Drittel der umlaufenden Noten gleichkommender Betrag in baarem Gelde zur Einlösung derselben in der Bank vorrätig gehalten werden, und außerdem müssen wenigstens zwei Drittel des Betrages der ausgegebenen Noten in innerhalb dreier Monate leicht realisierbaren Valuten vorhanden sein.“* Die sog. Dritteldeckung beruhte auf jahrhundertealter Bankerfahrung. Auf Basis einer „Baar-Bedeckung“ in dieser Höhe gab man guten Gewissens die übliche Einlösungsgarantie: So und so viele *„Thaler Courant zahlt die Hannoversche Bank dem Vorzeiger dieser Banknote. Hannover den 1. März 1857“.* So las man auf den seit 1857 ausgegebenen 10-, 20-, 50- und 100-Taler-Noten. Unterzeichnet war das Einlösungsversprechen vom „Regierung-Commissair“ und von drei Mitgliedern des 16-köpfigen Verwaltungsrats.

Dritteldeckung ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Der eigentliche Zweck einer „Deckung“ von Geld durch edles Metall besteht darin,

- mittels der *natürlichen* Knappheit des Metalls
- die Knappheit der als Inhaberschuldverschreibungen umlaufenden Geldzeichen sicherzustellen.

Die „Knappheit“, um die es wirklich geht, besteht in einem geregelten Verhältnis von Geldmenge und realem Sozialprodukt (also nicht im Verhältnis von Edelmetallbestand und Sozialprodukt). Das Verhältnis muss in der Weise geregelt sein, dass Preisstabilität gewährleistet ist. Genau in diese Richtung zielt die (scheinbar!) nebensächliche Vorschrift für die übrigen zwei Drittel. Sie fordert als Deckungsinstrumente „*leicht realisierbare Valuten*“. Mit der Zeit bürgerten sich dafür „gute Handelswechsel“ ein. Sie schienen zu gewährleisten, dass zusätzlichem (Papier-) Geld in entsprechendem Umfang zusätzliche Waren und Dienstleistungen gegenüber stehen. Cum grano salis ist das auch der Fall! Genau genommen wird der Handelswechsel aber nicht mit Gütermengen „besichert“, sondern mit Güterwerten, in denen natürlich auch die Preise stecken. Selbst die besten Handelswechsel taugen deshalb nicht dazu, das Preisniveau zuverlässig stabil zu halten.

Dem 19. Jahrhundert spielte die erste Vorgabe der Deckungsregel – ein Drittel „baares“ Geld im Tresor zu verwahren – am Übelsten mit. Lange Zeit machte sie aus dem (meist raren) Edelmetall ein „brutales Metall“. Da der Metallbestand nämlich mit dem wirtschaftlichen Wachstum nicht Schritt hielt, beschnitt die karge Gold- und Silberdecke den Geldumlauf und verursachte Deflation. Diese ließ schließlich den Wachstumsimpuls erlahmen – siehe „Große (20-jährige) Depression der Bismarckzeit“! Befreiungsversuche aus der Fessel des „brutalen Metalls“ führten vom vollwertigen Geld zum Papiergeld (kraft Deckungsregel mit dreifacher Übersetzung vom Edelmetall- zum Geldvolumen), und von da zum (mittels öffentlich-rechtlichen Gebots und betriebswirtschaftlicher Disziplin gezügelten) Giralgeld. Letzteres war die Innovation (unterscheide „invention“) des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Wer (zu) spät kommt ...

Schon das Gründungsjahr der Hannoverschen Bank war von einer schweren Wirtschaftskrise gezeichnet. Die Nachfragewelle nach dem Krimkrieg (1853–1856) sowie der erste Boom, der von Kohle, Eisen und Stahl getragen und durch den Eisenbahnbau beflügelt worden war, gehörten der Vergangenheit an. In Amerika krachten aus verschiedenen Gründen Banken und Versicherungen zusammen, in der Folge auch nichtfinanzielle Unternehmen. Davon wurde England und schließlich die ganze Welt in Mitleidenschaft gezogen.

Auch Kriege störten den Wirtschaftsverkehr im Allgemeinen und das Bankgeschäft im Besonderen:

- Der „Italienische Einigungskrieg“ (1859),
- der Schleswig-Holsteinische Krieg (1848–1851),
- der Deutsch-Dänische Krieg (1864),
- der Deutsche Krieg (1866).

Gemessen an Dividende (4%) und Börsenkurs (77,5) geriet die Hannoversche Bank 1867 in ihr absolutes Jahrhunderttief.

In unruhigen Zeiten stürzte sich das Publikum auf Kurantgeld. Es trennte sich eilends von übel beleumdetem Papiergeld und verstand sich höchstens darauf, zwielichtige Scheine gegen Noten vertrauenswürdiger Emittenten einzutauschen. Allenthalben mussten sich darum Zettelbanken

- auf panikartige Papiergeldeinlösung gefasst machen,
- im Kreditgeschäft zurückhalten,
- erhöhte Reserven in „baarem“ Geld anlegen,
- bei der Papiergeldemission Zurückhaltung üben.

Die grundsolide Hannoversche Bank war unter den Ersten, die so reagierten.

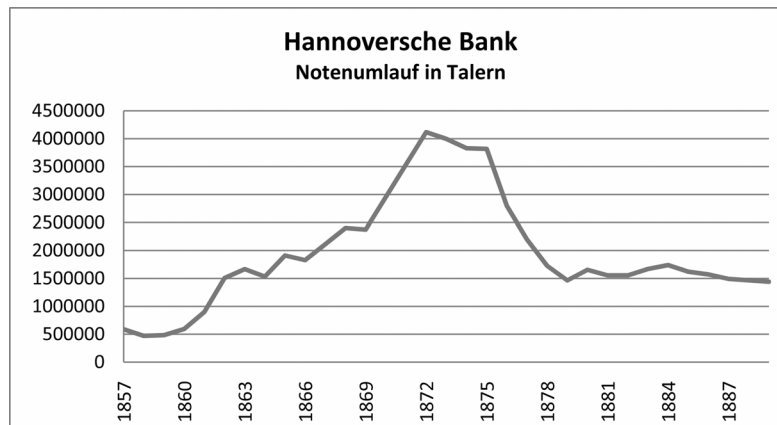
Eine gesunde geschäftliche Fortentwicklung trat erst unter preußischem Währungsregime und mit der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit im Norddeutschen Bund (1867) ein. Sie steigerte sich zum Boom im Umfeld des Deutsch-Französischen Kriegs und der euphorischen „Gründerjahre“ (1870–1873). Er brach aber schnell zusammen. Die „Große Depression der Bismarckzeit“ sah zwei Jahrzehnte lang (1873–1894) nur noch wenig Unternehmungslust.

Die Lebensphasen,

- beschwerlicher Anfang (1857–1860),
- Eingewöhnung (1860–1863),
- solide geschäftliche Fortentwicklung (1864–1869),
- Euphorie in der ersten Hälfte und
- abrupter Verfall in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre, schließlich
- Lethargie in den 80ern

kennzeichnen die Notenzirkulation der Hannoverschen Bank.

Das einzig Gute, das der Krieg bewirkte, die deutsche Einheit, schlug für die Hannoversche Bank nicht zum Guten aus. Ihr Ende als Privatnotenbank zeich-



nete sich ab. Die politische Einheit war nämlich auf Währungsseite verknüpft mit

- der Goldmark und
- einer gegen die Privatnotenbanken gerichteten Politik.

Es begann die unerbittliche Rodung im Gestrüpp der vorhandenen

7 Währungssysteme,
119 Münztypen,
56 Sorten Staatspapiergeld und
117 Sorten Banknoten.

Den alten Zettelbanken vergällte das Münzgesetz von 1873 und das Bankgesetz 1875 sowie die Finessen der 1876 in Aktion getretenen Reichsbank das Leben.

- Die Gesetze gestatteten nur noch die Emission von Banknoten mit Nennwerten von 100 Mark und darüber. Begründung: Den Privatnotenbanken obliege in erster Linie die Kreditversorgung, während die Geldversorgung zuvörderst Sache des Reiches sei, das einheitliches Geld in Verkehr zu bringen vermöge. – Die den Privatbanken zugemuteten 100 Mark-Noten wurden, wie sich bald herausstellte, wenig benötigt und sehr viel rascher als kleine Stückelungen in Kurantgeld eingelöst.
- Überdies durften Scheine der Privatnotenbanken (und Korporationen) außerhalb ihres Konzessionsgebietes zu Zahlungen grundsätzlich nicht gebraucht werden, so dass auch hieraus für das Publikum die Notwendigkeit zum Umtausch in Reichsbanknoten und Reichskassenscheine erwuchs.

Erlöschen des Banknotenprivilegs

Die Hannoversche Bank emittierte zwar noch eine auf 100 Mark lautende Banknote, strich aber schließlich dann doch die Segel als Notenbank. Ihre Banknoten verloren am 28. März 1889 die Zahlungsmitelegenschaft. Die Einlösungsfrist lief am 31. Dezember 1891 ab.

Die Bank hatte, wie alle anderen Privatnotenbanken auch, den Ertrag aus der Banknotenemission gegen Ertragseinbußen abzuwägen, die aus den drastischen Geschäftsbeschränkungen, Geboten und Verboten des Bankgesetzes vom 14. März 1875 resultierten. Die Rechnung ging nicht auf. Statt sich auf Bargeldschöpfung zu versteifen, wandte sich die Hannoversche Bank der Giralgeldschöpfung zu.

Hannoversches Geld – ein Resümee

Ein Dreivierteljahrhundert lang existierte hannoversches Papiergeld. Nur in einem Drittel dieser Zeit trat es einigermaßen bedeutsam hervor.

Bis Anfang der 1850er Jahre lebte das Königreich Hannover in jeder Hinsicht, und eben auch unter monetären Gesichtspunkten, in der „alten Zeit“. Münzen beherrschten das Feld, hannoversche Münzen aus dem guten Silber des Rammelsbergs und der Werkstatt solider Münzmeister waren Edelsteine unter einem Berg von Schrott, zu dem sich die Münzen auf türmten, die aus aller Herren Länder hereinströmten, tausenderlei Namen führten, mit unterschiedlichsten Münzfüßen aufwarteten, vielfältige Unterteilungen besaßen und diverse Zählweisen erforderten. Als kümmerliche Vorboten der neuen Zeit existierten Leihkasse-Scheine neben Zetteln von allerhand Winkelbanken. Ein wahres Chaos! Doch da weiterhin Naturaltausch die Szene beherrschte und selbst Landpfarrer, um ein Beispiel zu nennen, ihren Lebensunterhalt hauptsächlich aus dem eigenen bäuerlichen Nebenerwerb bezogen, richteten armselige, ja chaotische geldwirtschaftliche Verhältnisse keinen allzu großen Schaden an. Hannoversches Geld war bis 1850 kein vordringliches Desiderat.

Nun überspringe ich eineinhalb Jahrzehnte.

Das Annexionsgesetz vom 20. September 1866 vereinigte das Königreich Hannover „für immer“ mit der Preußischen Monarchie, und die Verordnung vom 24. August 1867 führte ein Jahr später die preußische Währung ein. Einerseits seiner Souveränität beraubt, war Hannover andererseits jetzt nahtlos in die flüssige Geldzirkulation und gut funktionierende Kreditversorgung Preußens einbezogen. Einer hannöverschen Regionalwährung bedurfte es unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten jetzt nicht mehr.

Fünf bis zehn Jahre weiter:

Nach erstem Anlauf im Norddeutschen Bund sorgte die Geldreform 1871–1875 für die Integration ins Geld- und Währungswesen des Deutschen Reichs. Das System der Goldwährung trieb den Gedanken – mehr als das: die Wirklichkeit – der Währungseinheit sogar auf die Spitze: Goldwährung hieß *weltweite* Währungsgemeinschaft. „Eigenes“ Geld einzelner Gebietsteile des Reichs hatte sich gänzlich überlebt.

Nun wieder zurück zum Anfang der 1850er Jahre.

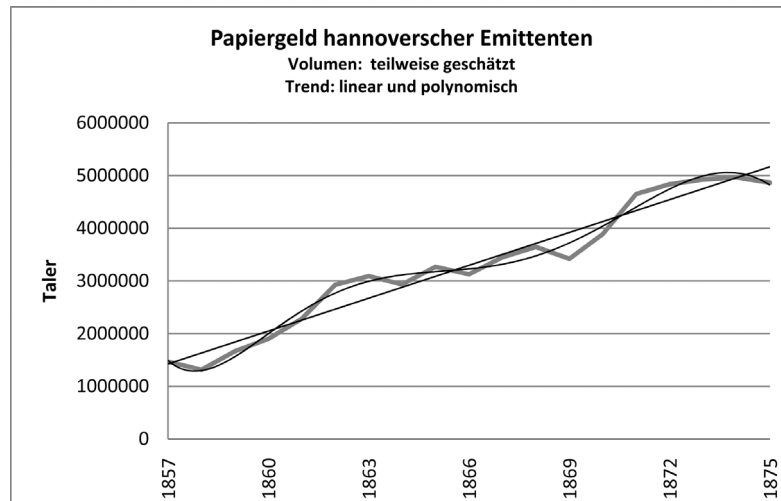
Nur in den heiklen zweieinhalb Jahrzehnten von Anfang der 1850er Jahre bis allerhöchstens 1875 war hannöversches Papiergeld volkswirtschaftlich von Belang. Der Münzumsatz stockte damals. Insbesondere Münzen, die unter dem Stempel des Königs geprägt und vom Wiener Münzvertrag in einen großdeutschen Verbund eingefügt worden waren, fehlten im Verkehr. Sie wurden nicht nur „knapp“ – Knappheit zeichnet Geld immer aus –, nein, sie wurden „rar“, was unzureichend bedeutet. Dem unvermittelt entstandenen Mangel an hochliquiden Zahlungsverkehrsinstrumenten halfen deshalb zunächst unverzinsliche Kassenscheine des Magistrats der Königlichen Residenzstadt ab. Bald danach traten hannoversche Banknoten hinzu.

Diese monetäre Aufrüstung war nützlich, vollkommen unentbehrlich war die Mobilmachung beim inländischen Papiergeld nicht. Die hannoverschen Ministerien hatten gewiss einen Zipfel der Wahrheit erfasst, als sie den König Anfang der 1850er Jahre mit Argumenten bestürmten, dass Hannover für Handel und Wandel weder neuer Banken noch deren windiger Zettel bedürfe. Denn wie zu den alten Zeiten, als vorrangig Münzen dem Geldverkehr dienten, galt auch unter den neuen Umständen, dass ein bunter Strauß Geldzeichen aus nah und fern verfügbar war. Ab 1866 rückte preußisches Geld sogar zur regelrechten Landeswährung auf.

Papiergeld hannoverscher Provenienz hatte also im Wesentlichen nur den Vorzug, Emissionsgewinn im Land zu halten.

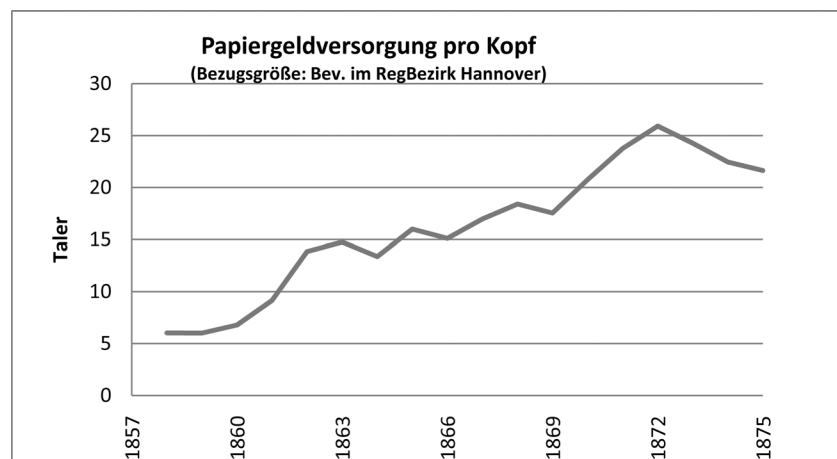
Akzeptanz des Papiergeldes

Das erzkonservative hannoversche Publikum gewöhnte sich überraschend schnell an Papiergeld, an das mit hannoverschem Siegel vor allem. Rasch kamen wachsende Beträge der städtischen unverzinslichen Kassenscheine und der hiesigen Privat-Banknoten in Verkehr. Die kriegerischen Episoden der 1840er, 50er und 60er Jahre machten sich allerdings zwischendurch als Störfaktoren bzw. als Einbrüche im Trend bemerkbar.



Die Beteiligten waren von Motiven beseelt, die auch heutige „Regionalwährungen“ ins Leben rufen und am Leben halten. Neben der Zufriedenheit, dass der Seigniorage im Land blieb, machte es Freude, heimische Duftmarken zu setzen, indem man mit Papiergeld zahlte, das seine hannöversche Herkunft zur Schau trug.

Nach dem ernüchternden Deutschen Krieg – und dem Übergang zur preußischen Währung – klang der Hunger nach *zusätzlichem* Papiergeld hannoverscher



Emittenten ab. Das Niveau wurde desungeachtet noch eine Zeit lang gehalten. Die Gründerjahre hielten den Kessel sogar bis 1873 unter Druck.

Dann aber läutete die Geldreform das Ende der (Gulden- und) Taler-Ära ein. Trotz eilfertiger Umstellung auf Mark konnten sich die seit 1848 emporgekommenen hannoverschen Papiergeldformen und Papiergeldemittenten nicht mehr halten. Das in jeder Beziehung überlegene Reichspapiergeld war unaufhaltsam im Vordringen.

Struktur des hannoverschen Papiergeldumlaufs

Der Anteil des *städtischen* Papiergeldes an der von beiden Papiergeldvarianten gebildeten „Transaktionskasse“ lag in den ersten drei Jahren nach Gründung der Hannoverschen Bank noch bei 28%. In den folgenden Jahrzehnten verkümmerte der Kassenscheinanteil jedoch dramatisch.

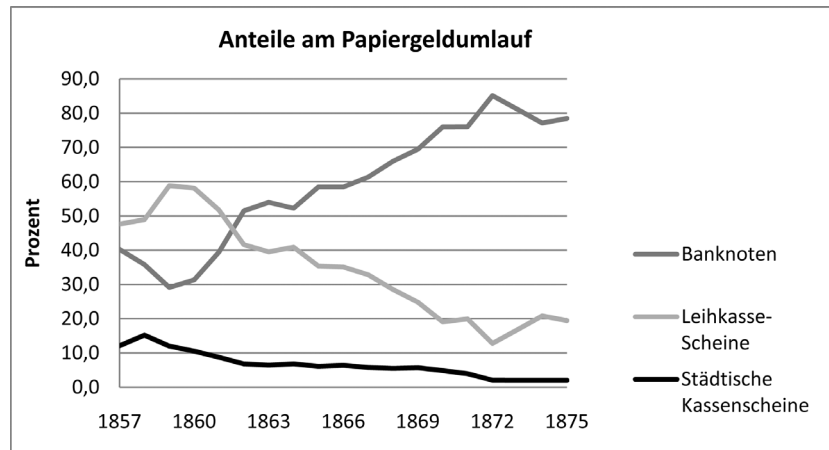
- Der Hauptgrund war, dass das Emissionsvolumen des städtischen Papiergeldes auf 200.000 Tlr und später lediglich 240.000 M fixiert war, wogegen die Banknoten quantitativ immer genügend Spielraum nach oben besaßen.
- Ein weiterer Grund war, dass sich die jeweiligen räumlichen Entfaltungsbereiche unterschiedlich weit erstreckten. Schon die anfänglichen Bemühungen, Kassenscheine überörtlich, ja außerhalb des Königreichs, unterzubringen, schlugen fehl. Ab 1876 war es sogar gesetzlich untersagt, mit den städtischen, nun auf Mark lautenden Kassenscheinen außerhalb des Raums Hannover/Hildesheim Zahlungen zu leisten.

Freilich, auch die Noten der Hannoverschen Bank litten ab 1876 darunter, dass sie nicht wieder ausgegeben werden durften, wenn sie außerhalb Hannovers bei einer Bank eingeliefert wurden. Es gab indessen andere Vorzüge, die ihnen gegenüber den Kassenscheinen einen Vorsprung verschafften:

- Sie lockten – bis 1876 – mit einem breiten Spektrum an Nennwerten,
- und immer profitierten sie von Synergieeffekten ihres bankgeschäftlichen Hintergrunds.

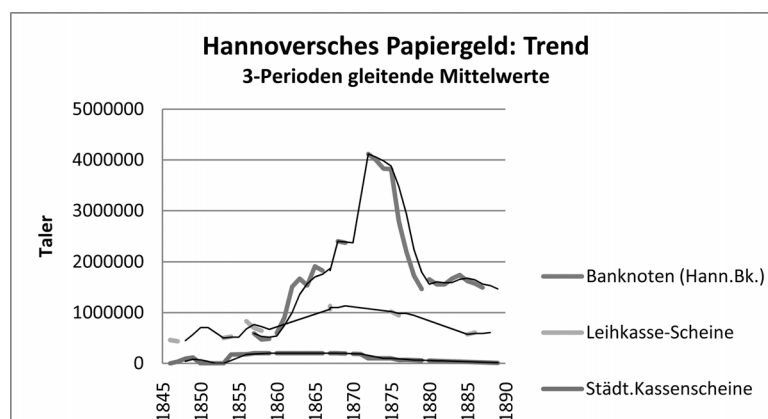
Der Anteil der städtischen Kassenscheine schrumpfte, als die hannoverschen Privat-Banknoten dem Publikum vertraut geworden waren, auf 12½% (1860–69), 3% (1870–79) und 2% (1880–89). Dabei war es sogar der (bis 1873 durch ansehnliche Provisionen bei der Stange gehaltenen) Bank zuzuschreiben, dass das Kommunalpapiergeld überhaupt noch neben den Banknoten bestehen konnte.

Die Liquidität war bei allen hannoverschen Geldzeichen tadellos. Sie konnten während des hier besonders interessierenden Vierteljahrhunderts ohne Weiteres



und ohne Verlust am Markt eingesetzt werden. Die jeweiligen Emittenten, die unter den Augen des Publikums ihren Geschäften nachgingen, genossen Vertrauen und konnten Emissionsgewinn daraus ziehen.

Was den gesamten Geldumlauf anbelangt, muss, wie schon mehrfach betont, immer in Rechnung gestellt werden, dass – über die Geldversorgung aus heimischen Quellen hinaus – Geldbedarf auch von fremdem Geld gedeckt wurde: Mehr als genug Emittenten standen an den Grenzen bereit; ungezählte fremde Münzen und Noten zirkulierten im Land, obgleich sich dank der Münzkonventionen des 19. Jahrhunderts die Reihen zusehends lichteten. Quantifizieren lässt sich der Beitrag auswärtiger Geldzeichen leider nicht.



Zur Sonderrolle der Leihkasse-Scheine

Verzinsliche *Leihkasse-Scheine*, die vom Volumen her gesehen, ohne exzessive Ausschläge zwischen unverzinslichen Kassenscheinen und Banknoten lagen, bedienten, wie gesagt, die Nachfrage nach Geldmengenkomponenten, die (nach heutigen Maßstäben) einen „erweiterten“ Geldmengenbegriff auszeichnen. Diese Scheine blieben ein Phänomen des 19. Jahrhunderts, kamen 1823 (also sehr früh) auf und waren 1897 (also sehr spät erst) wieder passé. Die Reservehaltungs- und Thesaurierungsbedürfnisse des Publikums wandten sich mit der Zeit anderen Finanzprodukten zu, nicht zuletzt auch unverbrieften Formen wie sie die Banken in Gestalt von Spar- und Terminguthaben anboten. Eine wichtige Voraussetzung für das Aufkommen dieser Konkurrenz war, dass die Finanzwelt wachsende Zuverlässigkeit bewies. Gerade die Hannoversche Bank galt, wie gut informierte Zeitgenossen (Friedrich Noback) bezeugen, als leuchtendes Beispiel. Dass allmählich Stabilität im Geldwesen einkehrte, war aber nicht zuletzt auch Verdienst der Geld- und Kreditpolitik. Sie wuchs im Laufe des Jahrhunderts mehr und mehr den Zentralgewalten zu, zunächst den Münzvereinen, endgültig am 1. Januar 1876 – als Schlussstein der Geldreform – der Reichsbank.

Bis zuletzt gab es aber Bewohner von Stadt und Umland Hannover, die sich für Leihkasse-Scheine interessierten. Diese Leute gehörten zu den wohlhabenden, traditionsbewussten Bevölkerungsschichten. Sie achteten zwar auf vertrauenswürdige und rentierliche Anlagen, doch sie hatten eine ausgesprochene Vorliebe für schwarz auf weiß dokumentierte Vermögensobjekte mit hannoverschem Etikett.

Anhang

Der Vortrag basiert auf dem umfangreich dokumentierten und bebilderten Beitrag „Hannoversches Papiergeld im 19. Jahrhundert. Leihkasse-Scheine, städtische Kassenscheine und Noten der Hannoverschen Bank“, in: Hannoversche Geschichtsblätter, Band 62, Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen, Stadtarchiv Hannover (Hrsg.), ISSN 0342-1104.

Rechtsquellen

Leihkasse-Scheine

- *Bekanntmachung über die Einrichtung einer Spar- und Leih-Casse in der Königlichen Residenzstadt Hannover*, Beilage zum 37sten Stück der „Hannoverschen Anzeigen von allerhand Sachen, deren Bekanntmachung dem gemeinen Wesen nöthig und nützlich. Vom Jahre 1823“, Hannover 1824.

Ein umfangreicher, bis zu den Anfängen im 19. Jahrhundert zurückreichender Bestand an *Archivalien* der Stadtparkasse Hannover ist dem Stadtarchiv Hannover anvertraut (Findbuch 219).

Unverzinsliche städtische Kassenscheine

- Königliches Ministerium des Innern, *Bekanntmachung, die Ausgabe unverzinslicher Cassenscheine auf den Credit der Residenzstadt Hannover betreffend*, vom 8. Januar 1847;

Magistrat der Königlichen Residenzstadt Hannover, *Bekanntmachung, die Ausgabe unverzinslicher Cassenscheine betreffend*, vom 31. Dezember 1846;

Magistrat der Königlichen Residenzstadt Hannover, *Hauptschuldverschreibung vom 7. Dezember 1846* (Anhang zur Bekanntmachung vom 31. Dezember 1846).

In: Gesetz-Sammlung für das Königreich Hannover, Jg. 1847, I. Abt., Nr. 4.

Banknoten

- *Königliche Verordnung, die Bestätigung der Hannoverschen Bank für Handel und Gewerbe betreffend*, vom 22. Juli 1856.
- *Statut zur Errichtung der Actiengesellschaft der Hannoverschen Bank für Handel und Gewerbe*, vom 22. Juli 1856.

In: Gesetz-Sammlung für das Königreich Hannover, Jahrgang. 1856, I. Abtheilung, Nr. 35.